



LANDTAGSWAHL AM 27. 3. 2011

Wählen gehen!

Die GdP hat den Parteien Fragen zu Polizei und Innerer Sicherheit gestellt

Wie vor jeder Landtagswahl hat auch dieses Mal die GdP den für den Landtag kandidierenden Parteien unter der Überschrift „Wahlprüfsteine“ einen umfangreichen Fragenkatalog zugestellt.

Aus Platzgründen werden alle Antworten auf alle Fragen auf der GdP-Homepage veröffentlicht.

Um neugierig zu machen, wird hier beispielhaft für alle anderen der Themenschwerpunkt Ausbildung mit allen zusammenhängenden Fragestellungen komplett dargestellt:

„Rheinland-Pfalz verfügt für seine Polizeianwärterinnen und -anwärter mit dem Studium an der FH Mayen – Fachbereich Polizei – über ein modernes und im Bundesvergleich herausragendes Ausbildungssystem. Zum Studium können Bewerberinnen und Bewerber zugelassen werden, die über Abitur bzw. FH-Reife



Diese Fragenkomplexe wurden übermittelt:

1. Sicherheitslage in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Europa
2. Entwicklung der Polizei
 - 2.1. Personalstärke und Einstellungsplanung
 - 2.2. Lebensarbeitszeit, Wochenarbeitszeit
 - 2.3. Tarifbeschäftigte, Verwaltungsbeamtinnen und -beamte
 - 2.4. Besoldung, Entlohnung, Versorgung, Krankenversicherung
 - 2.5. Gewalt gegen Polizeibeamte
3. Ausbildung für die Polizei
4. Organisation und Aufgaben der Polizei
5. Ausstattung und Technik der Polizei
 - 5.1. Kriminaltechnik, Kriminalwissenschaft
 - 5.2. Fahrzeuge, Werkstätten, Funk
 - 5.3. Polizeifunk
 - 5.4. Dienstkleidung
 - 5.5. Schutzwesten
6. Polizei und Kommunen

verfügen oder nach der mittleren Reife eine Berufsausbildung qualifiziert abgeschlossen haben.

Die zweigeteilte Laufbahn der Polizei wurde im Landesbeamtengesetz und der Laufbahnverordnung Polizei festgelegt. Alle Berufsanfänger werden für den gehobenen Polizeidienst eingestellt und an der FH der Polizei für ihre Aufgaben ausgebildet.

Die Polizeiführungsakademie in Hiltrup wurde zu einer Hochschule (Abschluss: Master) umgestaltet.

Anwärter für die Ausbildung an der FH – Fachbereich Polizei – mit mittlerem Schulabschluss können in den höheren Berufsfachschulen (HBFS) in Ludwigshafen, Lahnstein und Bad Kreuznach in zwei Jahren die Fachhochschulreife erwerben.

Fragen:

1. Halten Sie an der zweigeteilten Laufbahn fest?
2. Garantieren Sie für die Zukunft eine polizeiinterne Fachhochschulbildung für alle neu eingestellten Polizeianwärterinnen und -anwärter?
3. Beabsichtigen Sie Änderungen bei der Ausbildung (Unterbringung, Bezahlung o. a.)?
4. Werden Sie gewährleisten, dass die Polizeianwärterinnen und -anwärter

nach ihrer Ausbildung unmittelbar zum/r Polizeikommissar/in ernannt und aus A 9 besoldet werden?

5. Streben Sie für junge Frauen und Männer mit abgeschlossener Berufsausbildung die Einrichtung eines einjährigen Bildungsgangs an den Berufsoberschulen zum Erwerb der Fachhochschulreife (analog des Verfahrens bei den HBFS) an?

6. Unterstützen Sie die Einrichtung einer eigenständigen Fachhochschule Polizei?

7. Wie stehen Sie zur sog. „Fachkarriere“, die den besonders qualifizierten und spezialisierten Polizeibeamten/-innen die Möglichkeit der Beförderung eröffnet, ohne dass sie auf eine „Führungsstelle“ wechseln müssen? Unterstützen Sie die Möglichkeit zum Erwerb eines fachbezogenen Master-Abschlusses auf der FH Hahn?

8. Wie stehen Sie zur Einrichtung von W-2-Professuren in der FH Hahn?“

Alle Fragen und Antworten sind unter www.gdp-rp.de als PDF abrufbar.

Unsere Bitte:

Informiert Euch, engagiert Euch und **geht wählen**; auch dann, wenn es aus Eurer Sicht gerade mal nur das geringere Übel ist.



Die „ALTE“ ist auch wieder die neue Vorsitzende

Anne Knewitz wurde erneut zur Vorsitzenden des Fachausschusses Tarif gewählt. Neu im Team sind René Klemmer von der Bezirksgruppe Mainz sowie Isabel Sorg (Rheinpfalz) und Kerstin Horn (Westpfalz). Hilde Olschewski-Breit, bisher Schriftführerin, fungiert neu als Ersatzmitglied.

Der damit deutlich verjüngte Ausschuss widmete sich nach der Konstituierung wichtigen Themen.

Wichtige Themen in Angriff genommen

So waren viele organisatorische und inhaltliche Fragen zur laufenden Tarifrunde zu klären.

Die Folgen des zweiten Landesgesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform galt es abzuschätzen. Auf die Bußgeldstellen der Polizeipräsidien kommen grundlegende Änderungen zu. Mit einem deutlichen Personalzuwachs ist zu rechnen.

Darüber hinaus ging es um Themen wie Stellenbeschreibung, Personalpla-



Vorne von links: **Inge Rost, Rita Schumacher, Norbert Jung, Margarethe Relet, Kerstin Horn, Sabine Gubernator, Anne Knewitz.** Hinten von links: **Dieter Kronauer, Ruthild Burkei, Rene Klemmer, Jürgen Follmann, Jakob Dill, Winfried Becker, Isabel Sorg, Hermann Schindwein**


nung und -entwicklung. Arbeitsgruppen des Tarifausschusses stellten hierzu bereits erste Ergebnisse vor.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Meldung ruft die GdP ihre Mitglieder womöglich zum Streik und zur Demonstration auf. Der Fachausschuss Ta-

rif ruft alle Kolleginnen und Kollegen auf, teilzunehmen. Auch die Beamtinnen und Beamten; denn für uns ist klar. Das Tarifergebnis muss wirkungsgleich übernommen werden.

Gemeinsam sind wir stark!

Anne Knewitz

 **DEUTSCHE POLIZEI**
Ausgabe: **Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-tp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: BerndBecker4470@aol.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

TARIFRUNDE 2011

Die Tarifverhandlungen gehen am 9. März in die dritte Runde. Margarethe Relet und Anne Knewitz werden die Ergebnisse in der Großen Tarifkommission mitberaten. Am 2. März sind alle zu DEMO und Warnstreik in Mainz aufgerufen.

Die bisherigen Verhandlungen in Potsdam wurden bereits durch bundesweite Aktionen begleitet.
Für Rheinland-Pfalz fordern wir, dass das Tarifergebnis wieder für die Beamten übernommen wird.

Also:
Zeigt Solidarität!
Zeigt euch am 2. März in Mainz!




BELASTUNGEN IM POLIZEIDIENST

Erweiterte Studie für den gesamten Polizeidienst

Die GdP trägt mit 28 Fragen und Themenfeldern zur geplanten Studie bei

Anlässlich des GdP-Delegiertentages 2010 bestätigte Ministerpräsident Kurt Beck die Zusage, dass die Belastungen im Polizeidienst über den Wechselschichtdienst (WSD) hinaus untersucht werden sollen. Das Innenministerium hat – wie schon bei der Untersuchung des WSD – dem Hauptpersonalrat angeboten, Fragestellungen und Untersuchungsfelder in das Verfahren einzubringen. Dies hat jetzt die GdP zum Anlass genommen, auf der Basis ihrer Erfahrungen und unter Einbeziehung der Fachausschüsse Schutz- und Kriminalpolizei sowie des Fachausschusses für Gesundheitsförderung und Arbeitsschutz Themenfelder zu beschreiben und Fragestellungen zu erarbeiten, die berücksichtigt werden sollen.

In den Vorbemerkungen des Schreibens an den Hauptpersonalrat Polizei zitiert die GdP aus wissenschaftlichen Beiträgen zum Thema u. a. wie folgt:

„Der Polizeibeamte wird mit Gewalt, Grausamkeit und Leid konfrontiert und übt seinen Beruf nicht selten in einem Teil der Gesellschaft aus, dem keiner angehören will. Der Einsatz von Gewalt bis hin zum Waffengebrauch ist ein Teil seiner Arbeit, der dem generellen gesellschaftlichen Gebot der Toleranz und Friedlichkeit zuwiderläuft. Die Polizei hat das Privileg und die Pflicht, diese gesellschaftlichen Normen zu brechen, um sie bewahren zu können. Auch wenn sich dieser Konflikt abstrakt auflösen lässt, muss er doch konkret vom einzelnen Beamten verarbeitet werden, um nicht zur ‚Desensibilisierung oder gar Verrohung‘ zu führen (Haas, Karpf und Ahlborn 1996, S. 83).

Die Vielfalt, Einzigartigkeit und Nichtvorhersehbarkeit der Ereignisse, mit denen der einzelne Beamte konfrontiert wird, die aber jeweils situationsangepasst, rechtsstaatlich, sozial verträglich, verhältnismäßig und vielfach unter Zeitdruck zu bewältigen sind, erfordern daher wiederum Tugenden, deren Einhaltung erwartet, aber kaum geleistet werden kann. Der Rückzug in eine ‚Dienst-nach-Vorschrift-



Der Umgang mit allen kriminellen Schattenseiten menschlichen Daseins sowie Gewalt in all ihren Formen prägen den Polizeidienst und seine Beschäftigten. Dr. René Sorel, der sich im Krankenhaus Almelo/NL mit posttraumatischen Belastungsstörungen beschäftigt, formulierte es auf einer GdP-Veranstaltung in NRW so: „Was eine Polizistin oder ein Polizist in einem Jahr an Erlebnissen zu verkraften hat, erlebt der Durchschnittsbürger in seinem ganzen Leben nicht.“

Mentalität würde zwar von dem Vorwurf der Regelwidrigkeit entlasten, aber zugleich den – allerdings schwer zu beweisenden – Vorwurf der Ineffizienz stimulieren. (./.)

Die Rolle der Polizei wird daher auch in Zukunft weder einfach noch konfliktfrei werden. Die Notwendigkeit ihrer – auch kontroversen – Diskussion bleibt erhalten. Wahrscheinlicher ist noch, dass diese Thematik nicht nur angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen, sondern auch der Veränderungsprozesse innerhalb der Polizei selbst eine weit höhere Aktualität und Relevanz erfahren wird. Es geht dabei nicht nur um abstrakte Fragen, sondern zugleich um konkrete Erfahrungen für den einzelnen Polizisten.“ (Quelle: Prof. Dr. Gerd Wiendieck / Doro Mayer Begleitung des Organisationswandels in öffentlichen Verwaltungen, Mannheim, 10. 10. 2000)

Polizeidienst ist generell belastend

Die von der GdP erarbeiteten 28 Fragestellungen und Themenfelder umfassen die dienstlichen Belastungen in allen

polizeilichen Arbeitsfeldern, auch außerhalb des Wechselschichtdienstes.

Auch die Auswirkungen auf das Privatleben sollen untersucht werden.

Die Fragen wurden angereichert mit zahlreichen Beispielen für polizeiliche Tätigkeiten.

Darüber hinaus wird die Gelegenheit genutzt, vertiefende Untersuchungen des Schicht- und Wechselschichtdienstes durchzuführen.

Letztlich wird für alle Belastungen auch der Zusammenhang zur bevorstehenden Föderalisierung der Erschwereniszulagen-VO hergestellt.

Welche Regelungen setzen für die Gesunderhaltung der Beschäftigten die richtigen Anreize? Das ist an dieser Stelle die zentrale Frage.

28er-Liste der GdP im Internet

Die komplette 28er-Liste mit allen Erläuterungen und Beispielen steht unter www.gdp-rp.de als PDF zur Verfügung.

Für weitergehende Anregungen sind wir dankbar.



Jahr 2011 im „VISIER“

Beim alljährlichen Gespräch mit Abteilungsleiter Joachim Laux und den Referatsleitern der Polizeiabteilung im Mainzer Innenministerium erfuhren die Vertreter der GdP neben kontinuierlichen Weiterentwicklungen auch einiges Neue.

Personalreferent **Rainer Leubecher** teilte mit, dass die Bewerberlage für 2011 (3613 FH/1085 HBFS) noch gut gewesen sei; gleichwohl müssten die Werbebemühungen um geeigneten Nachwuchs mit hoher Intensität weitergeführt werden. Die von der GdP angeregte Einführung einer einjährigen Beruflichen Oberschule sei auch noch auf der Agenda. Die Umorganisation der Auswahlverfahren werde zu deutlich weniger Belastung der Rater führen. Die Arbeitsgruppe Personalstruktur wird, nachdem die Strukturdaten bei der Schutzpolizei der Präsidien erhoben sind, die Strukturdaten der Kriminalpolizei und im Anschluss die der anderen Behörden und Einrichtungen erheben und auswerten. Die Änderung der LaufbahnVO stehe genauso auf der Liste für 2011 wie die weitere Untersuchung der Belastungen im Polizeidienst über den Wechselschichtdienst hinaus. Hier werde aus Kostengründen die Kooperation mit anderen Ländern und der DHPol gesucht.

Johannes Kunz, Referent für Aus- und Fortbildung, informierte über die ersten Erfahrungen mit dem Bachelor-Studiengang. Die institutionelle Akkreditierung der DHPOL muss nach jetziger Einschätzung nicht von vorneherein von der Einrichtung eines weiteren Studienganges abhängig gemacht werden. Ab 1. März 2011 startet – so Kunz – das Pilotprojekt Telearbeit in der Polizei mit Zugriff auf das zentrale Verfahren Poladis.

Organisationsreferent **Michael Krüger** wies darauf hin, dass die rechtsförmliche Prüfung der im Zuge der Realisierung des Konzepts zur Optimierung der Kriminalitätsänderungen erforderlichen Änderung der Landesverordnung über die Dienstbezirke und die Gliederung der Polizeipräsidien sowie die sachliche Zuständigkeit des Wasserschutzpolizeiamtes durch das Justizministerium nunmehr abgeschlossen sei. Neben kleineren redaktionellen Änderungen habe das Justizministerium der im Verordnungsentwurf vorgesehenen landesweiten Zuständigkeitsbestimmung für das Wasserschutzpolizeiamt für die Bearbeitung von Straftaten außerhalb seines Dienstbezirks widersprochen. Den Hinweisen des Justizministeriums werde Rechnung getragen. Mit einem Inkrafttre-

ten der Verordnung sei daher in nächster Zeit zu rechnen. Im Hinblick auf die ab 1. Januar 2012 wirksam werdende Übertragung der Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsverstößen an die Polizeipräsidien habe die Polizei eine große Aufgabe vor der Brust. Abteilungsleiter Laux wies zur Frage einer etwaigen Zentralisierung der Bußgeldstellen darauf hin, dass aus seiner Sicht jedenfalls Beschäftigten in unteren Vergütungsgruppen oder generell bei Vorliegen besonderer familiärer Gegebenheiten ein Standortwechsel nicht zugemutet werden könne. Im Rahmen der erforderlichen Prüfungen zur Vorbereitung auf die neue Rechtslage ab 2012 werde insbesondere auch der Frage nachgegangen, ob in einer zentralen IT-Anwendung dezentrale Strukturen weitergeführt werden können.

Die anstehende Generalsanierung von Gebäuden, wie etwa dem PP Koblenz, sei – so Bau-Referent **Philipp Römer** – ein grundlegendes Problem, das zwischen der Zentrale des LBB und dem Finanzministerium geklärt werde. Nicht nur das PP Koblenz sei betroffen, sondern alle zur Generalsanierung anstehenden Liegenschaften. Herr Römer berichtete über Fortschritte und Vorhaben beim Behördlichen Gesundheitsmanagement.

Manfred Bublies, zuständig für die Technik, ist zufrieden mit der Entwicklung beim Digitalfunk. 156 von 271 Sendeanlagen seien realisiert. Ende 2011 gehe das PP Trier und Anfang 2012 das PP Koblenz in Betrieb. Bei der Fahrzeugflotte müsse insgesamt damit gerechnet werden, dass die Fahrzeuge älter würden, da die Kosten für den Betrieb kaum Luft für Veränderungen ließen. Positiv fanden Herr Bublies und die GdP-Vertreter, dass das Finanzministerium Anfang Februar fünf Stellen für zwei Jahre genehmigt hat, die bei der BePo und beim PP Koblenz für den Einbau der Digitalfunktechnik gebraucht werden. Einspareffekt ggü. einer Fremdvergabe 300 000,- € jährlich. Ebenfalls positiv: In 2011 werden weitere 1500 persönliche ballistische Schutzwesten ausgegeben.

Michael Denne, Referent für Verbrechensbekämpfung, ist hoffnungsvoll, dass die neue Gesetzeslage zur „elektronischen Fußfessel“ keine unbeherrschbaren Folgen für die Polizei verursacht. Derzeit sei die wahrscheinlichste Variante, dass eine zentrale Stelle bundesweit Programmierung, Datensammlung, Auswertung und Alarmierung übernehmen werde. Eine gemeinsame AG Justiz/Polizei soll zu gege-

kurz & knackig

■ Bereitschaftspolizei wird 60

Viel Lob für die Bereitschaftspolizei: Ministerpräsident **Kurt Beck** gratulierte der BePo zu ihrem **60. Geburtstag** und verwies in seiner Festrede auf die Bedeutung einer gut ausgebildeten Polizei im Land und die zahlreichen Unterstützungseinsätze in anderen Bundesländern und im benachbarten Ausland. Der Leiter der BePo, Koll. **Dieter Frank**, begrüßte zur Feierstunde zahlreiche Gäste. Unter ihnen natürlich auch seinen Jahrgangskollegen **Karl Peter Bruch**, Innenminister des Landes.

Für die Personalräte verwies GdP-Landesvorsitzender **Ernst Scharbach** auf die gute Entwicklung der BePo. Wer hätte vor wenigen Jahrzehnten gedacht, welch bedeutende Rolle Einsatz- und Technik-Unterstützung spielen würden? Das 1997 eingeführte Rotationsverfahren möchte der Einzeldienst ebenfalls nicht mehr missen. „Unser Dank geht an die Regierung, die diese Entwicklung eingeleitet hat, die Vorgesetzten, die sie mit Bedacht umgesetzt haben – ganz besonders aber an die Polizei- und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten und die Tarifbeschäftigten, die die unzähligen Änderungen mit ihrem Engagement geprägt haben!“

■ Die GdP auch ...

Die Landes-GdP begeht ihr **60. Jubiläum am 20. September 2011**. Im Rahmen einer Festveranstaltung im Saal des Soldatenheimes in Koblenz, Horchheimer Höhe, sollen unter anderem Zeitzeugen zu Wort kommen. Nähere Informationen folgen.

bener Zeit ein Konzept u. a. für die Reaktion auf Alarmierungen erarbeiten. Weniger groß ist seine Hoffnung, dass die Evaluation von VISIER zu einer Reduzierung des Deliktscatalogs führen werde.

Klaus Werz berichtete für das Einsatzreferat über die Bemühungen um das Thema Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten. In der Diskussion um die Versetzungen in 2011 setzte er sich für eine angemessene Personalstärke der Bereitschaftspolizei ein. 14 rheinland-pfälzische Polizistinnen und Polizisten sind aktuell in Auslandseinsätzen und es gibt keinen Mangel an Freiwilligen, erklärte **Uwe Lederer**.

Ernst Scharbach bedankte sich für den offenen Austausch.



Teilhabe muss hart erkämpft werden

Bertha Benz fuhr vor 125 Jahren mit einem von ihrem Ehemann entworfenen Automobil und verhalf dem Gefährt so zu seinem großen Durchbruch. Wählen durfte sie aber nicht! Das Frauenwahlrecht ist erst 92 Jahre jung und es ist erst 100 Jahre her, dass erstmals ein Internationaler Frauentag ausgerufen wurde; Anlass, für einen Rückblick:

**Frauen
gruppe**



der Gewerkschaft der Polizei

Dieser kurze Blick in die deutsche Geschichte kann die komplexe Ausgangslage im Jahr 1919 kaum in Gänze beschreiben. Das Ende des Ersten Weltkrieges, die Revolution, die Verwindung der Verluste durch den Krieg etc. brachte Deutschland in eine Ausnahmesituation und stellte eine schwere Belastung für die



Die Autorin **Steffi Loth** ist Vorsitzende der Frauengruppe in der GdP Rheinland-Pfalz.

Weimarer Republik dar. Die Situation war auch für die Frauen besonders schwer, sie hatten im Krieg männertypische Berufe ergriffen, z. B. im Verkehrswesen oder der Schwerindustrie. Diese Tätigkeiten wurden mit Rückkehr der Männer aus dem Krieg zügig wieder zurückgefahren, nicht aber ihr Engagement in öffentlichen Bereichen, wie der Verwaltung, dem Wohlfahrts-, Bildungs-, oder Sozialwesen. Hier wurden sie im Vergleich zu den Männern jedoch geringer entlohnt und sie befanden sich spätes-

tens nach dem Krieg wieder in den niedrigeren Funktionen. Schon vor dem Krieg hatten die Frauen das aktive und passive Wahlrecht gefordert (allen voran die Sozialdemokratin und Frauenrechtlerin Klara Zetkin).

1911 wurde der Internationale Frauentag zum ersten Mal in mehreren europäischen Städten, den USA und auch in Deutschland begangen. Millionen Frauen gingen auf die Straße und forderten dort das Frauenwahlrecht lautstark ein. Nach dem Krieg wollte die Frauenbewegung dann auch die „Früchte“ für das Engagement der Frauen ernten und setzte sich verstärkt für die politische Teilhabe ein. Bis schließlich das vom Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918 beschlossene Frauenwahlrecht 1919 in Kraft trat. So konnten die Frauen am 19. März 1919 zum ersten Mal bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung mitwählen.

Unter dem Motto: „Heute für morgen Zeichen setzen“ begeht der DGB in diesem Jahr den Internationalen Frauentag. Dieser Tag zeigt, dass politische Teilhabe nicht selbstverständlich ist und hart erkämpft werden musste. Wie sieht es eigentlich heute aus? Haben wir überall teil, wo wir wollen? Eine Bundeskanzlerin haben wir in Deutschland, zu einer Bundespräsidentin hat es zweimal nicht gereicht. Die erste Bundesministerin, die im Amt quasi in aller Öffentlichkeit ihr erstes Kind erwartet, haben wir nun auch. Sind wir nun da, wo wir sein wollten? Wie sieht es für die „normalen“ Frauen aus? Die, die mit einem durchschnittlichen Gehalt Familie und Beruf vereinbaren müssen. Oder die, die gar keine Kinder haben. Sind die in ihren Berufen und Positionen angekommen, verdienen das gleiche oder sind in der Lage, die gleichen

Führungspositionen zu besetzen? Theoretisch schon. Theoretisch sind Frauen mindestens so gut ausgebildet wie Männer, gehen vielleicht nicht immer in die gutbezahlten Studiengänge (siehe Interview der Bundesministerin Schröder mit dem Spiegel 45/2010 und der damit ausgelösten Feminismus-Debatte), aber auch wenn sie den gleichen Job machen, verdienen sie oft weniger. Oder befinden sich in den schlechter bewerteten Positionen. Die Zahlen sind bekannt. 23 Prozent verdienen Frauen in Deutschland im Durchschnitt weniger als Männer. Nur etwa 10 Prozent der Aufsichtsräte der 200 größten Unternehmen in der BRD sind mit Frauen besetzt.

Unsichtbare Hindernisse

Die Gründe, auch sie sind erforscht, es ist die sogenannte „gläserne Decke“, jede Organisation hat eigene, unsichtbare Hindernisse auf dem Weg nach oben, Teilzeitbeschäftigung, geschlechterspezifische Diskriminierung, Frauen wird nicht so viel zugetraut, sie trauen sich auch oft selbst nicht so viel zu, greifen nicht nach Führungspositionen, mangelnde Betreuungsmöglichkeiten erschweren die Vereinbarkeit. Somit verläuft die Geschichte geradlinig, aber sie ist ja auch noch nicht zu Ende. Müssen wir vielleicht an die Quote denken? Wie lange wollen wir noch warten, Frauen mit Mentoring fördern, sie aus der Reserve locken, bleiben wir bei dem alten Vorurteil, dass durch die Quote nur schlecht oder gar nicht qualifizierte Frauen in die begehrten Jobs kommen? Auch Frauen sind gegen die Quote, sie wollen es selbst schaffen.

Man(n) muss ihnen nur die Chance geben, so oder so, damals wie heute!



Mitarbeiter-Rückmeldung startet

Verwirrung um Reisekostentitel für die **Fortbildung**: Letztes Jahr wurden fast 20% der Lehrgänge der LPS storniert. Häufig war die Begründung der BuE, dass das Budget erschöpft sei. Tatsächlich aber wurden bis zu 20% der vom Ministerium zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausgeschöpft. Ein schwerer Planungsfehler.

Kollege **Andreas Sarter** stellte dem HPRP die Handlungsanleitung „**Mitarbeiterrückmeldung**“ vor. Die MAR war in verschiedenen Dienststellen erprobt worden. Sie wird nun offiziell eingeführt. Sie ist standardisiert, betrifft den unmittelbaren Vorgesetzten, ist freiwillig und anonym. Der HPRP begrüßt die MAR als wichtigen Baustein zur Verbesserung des Miteinanders von Mitarbeitern und Vorgesetzten. Polizei-Online soll künftig

auch für das Modul **Schieß- und Einsatz-training** verwandt werden.

Die Neuorganisation des Fachbereichs Polizei der **FHöV/Landespolizeischule** fand die Zustimmung des HPRP. Er gliedert sich in vier Abteilungen: Ausbildung, Fortbildung, Informationstechnik und Verwaltung. Abteilung 1 ist in neun Fachgebiete unterteilt.

Der HPRP hat dem Ministerium seine Vorschläge zur weiteren Evaluation der **Verlängerung der Lebensarbeitszeit** – insgesamt 28 Fragen – übermittelt.

Auf Grund der Beschwerden über die Einsatzverpflegung richtet das ISM eine AG „Verpflegung“ ein. Der HPRP wird durch **Helmut Knerr**, **Ingo Schütte** und **Wolfgang Faber** vertreten.

Margarethe Relet (Polizeibeschäftigte), **Ernst Scharbach (Beamte)**

Neuer Vorstand

Die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Bepo-Wengerohr wählte Udo Schulz zum neuen Kreisgruppenvorsitzenden.

Der Vorsitzende **Frank Georg** begrüßte neben anwesenden Mitgliedern auch den stellv. Landesvorsitzenden – **Koll. Helmut Knerr** – sowie den Vorsitzenden der Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei – **Achim Oehling**. Frank Georg berichtete über die positive Mitgliederentwicklung seit der letzten Jahreshauptversammlung und über die Aktivitäten der Kreisgruppe sowie über die spezifischen Probleme der Bereitschaftspolizei. Auch ein Rückblick auf den 2010er Landesdelegiertentag fehlte nicht.

Nach positiven Kassenberichten der Kollegen **Jürgen Teusch** (Kassierer) und **Fritz Kohl** (Kassenprüfer) stand die Neuwahl des Vorstandes an.



EHRUNGEN

Das wäre nicht mein Ding gewesen



In einer kleinen Feierstunde in den Räumen der Polizeidirektion Neuwied ehrte die Kreisgruppe Neuwied/Altenkirchen die langjährigen Mitglieder **Richard Löttsch** (50 Jahre) und **Dieter Schmitz** (40 Jahre). Leider verhindert war der Kollege **Hansfried Rüsing**, der seit 40 Jahren der GdP angehört. Dieter Schmitz erklärte im Rahmen der Übergabe von Urkunde, Nadel und Präsenten, dass es ihm ein Anliegen gewesen sei, über die Pensionierung hinaus in der GdP zu bleiben. Schmitz: **„Alle Errungenschaften mitnehmen und dann austreten. Das wäre nicht mein Ding gewesen“**. Der 80-jährige Richard Löttsch berichtete über seine Zeit im Personalrat: **„Ich weiß heute noch nicht, wie ich damals den Mut aufgebracht habe, den Innenminister Heinz Schwarz auf die desolante Unterbringung im alten Rathaus anzusprechen; aber die Gelegenheit hatte sich ergeben“**.

Der Leiter der PI Neuwied, **Wolfgang Meeß**, ließ es sich nicht nehmen, an dem Treffen teilzunehmen. V. l. n. r.: **Becker, Frau Löttsch, Richard Löttsch, Dieter Schmitz, Meeß**



Udo Schulz ist neu gewählter Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Bereitschaftspolizei Wengerohr.

Dieser setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender **Udo Schulz**; Stellvertreter **Tobias Weber**; Schriftführer **Frank Georg**; Stellvertreter **Kai Lukas**; Kassierer **Jürgen Teusch**; Stellvertreter **Dieter Wolff**; Beisitzer/Vertrauensleute 21. BPH **Jörg Kronauer, Tobias Weber, Stefanie Kohl, Markus Schiffmann, TEE Frank Georg, Stab Udo Schulz, Jürgen Teusch, ZAFSt Peter Hofmann, SETZ Andreas Klein, SEK Gerd Buhr, Bedo Klaus Lui, Frauen Andrea Kaiser, Senioren Ferdinand Reuter, Kassenprüfer Fritz Kohl, Norbert Stellmach.**

Zum Abschluss der Veranstaltung gab der stellv. Landesvorsitzende **Helmut Knerr** einen Überblick über aktuelle gewerkschaftliche Themen, welche die Mitglieder mit großem Interesse verfolgten.

Frank Georg



**TU GUTES!
UND SPAR DABEI.**



**100 % GDP-ÖKO-STROM
HOL DIR DEN GDP-STROM**

JETZT STROMANBIETER WECHSELN UND SPAREN!
EINFACH - SCHNELL - UNKOMPLIZIERT

**Kooperation zwischen dem
Polizeisozialwerk Rheinland-Pfalz
und dem Wirtschaftsunternehmen der
GdP Baden-Württemberg:**

Das Jahr 2011 ist das Jahr der Strompreiserhöhungen.
Nicht für GdP-Mitglieder!

Die GdP-Stromvorteile auf einen Blick:

- monatliche Zahlung
- 12 Monate Preisgarantie
- keine Mindestvertragslaufzeit
- keine Sonderabschläge
- keine Vorauszahlung
- 100% Öko-Strom
- 0,5 Ct/verbrauchter KWh geht als Spende
an die Polizeistiftung.

Mehr und Formular-Download unter:

www.psw-rp.de - Angebote -

**Lust auf Geld
vom Staat?
„GdP-Rente“
jetzt beantragen!**



GdP-Rente

Ein Produkt der IDUNA Leben
in Konzernverbundenheit mit der
PVAG Polizeiversicherungs-AG



Die „GdP-Rente“ ist zur Zeit aktueller denn je. Sichern Sie sich jetzt staatliche Zuschüsse
und Steuervorteile. Wie? Wir beraten Sie gern!



Ein Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA Gruppe • Landesdirektion Mitte

Telefon (0 69) 29 85-5 03 • Mobil (01 74) 9 05 11 42 • rainer.pelzl@signal-iduna.de



Vortrag aus erster Hand

Der Vorstand der Mainzer Jungen Gruppe zu Besuch bei Polizeipräsident Karl-Heinz Weber

Der Mainzer Polizeipräsident Karl-Heinz Weber empfing einige Mitglieder des neu gewählten Vorstands der Jungen Gruppe Mainz zum Antrittsbesuch. Mit dabei der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates Ralf Schreiber.

Direkt zu Beginn des Gesprächs unterstrich Herr Weber die Wichtigkeit des Dialogs zwischen Behördenleitung und

legen/-innen in der Praxis oft Probleme bereiten, einmal aus erster Hand vorge-tragen wurden. Er sicherte zu, die The-men in die kommende Führungsbespre-chung einfließen zu lassen und sie dort auf höchster Ebene zu diskutieren.

Ausfluss aus dem Antrittsbesuch ist u. a., dass für dieses Jahr durch die Junge Gruppe Mainz eine Veranstaltung ge-plant und organisiert werden soll, bei der ein noch umfassenderer Dialog zwischen allen interessierten jungen Kollegen/-

innen und der Behör-denleitung im Mittel-punkt stehen soll. In welchem Rahmen diese Veranstaltung stattfinden kann, wird bei der nächsten Sit-zung der Jungen Gruppe Mainz be-sprochen.

Der offene Um-gang zwischen Herrn Weber und der Jun-gen Gruppe Mainz soll auch in Zukunft gepflegt werden. Wir wollen Probleme of-fen ansprechen und

gemeinsam eine Lösung finden!

In der Mainzer Jungen Gruppe sind nicht nur Kollegen/-innen des PP Mainz organisiert. Deshalb wird der Junge-Gruppe-Vorstand in den kommenden Monaten auch dem Leiter des Landeskri-minalamtes und der Bereitschaftspolizei-direktion bzw. der 12. BPH einen An-trittsbesuch abstatten.

Matthias Zindel



V. l. n. r.: Laurin Scheuer, Matthias Zindel, Markus Tschickardt, Raphael Schäfer, PP Karl-Heinz Weber, Peter Resch

jungen Polizeibeamten/-innen. In ange-nehmer Atmosphäre wurden insbeson-dere die Themenkomplexe „Beschleuni-gung des Versetzungsverfahrens“, „Ar-beitsbelastung der Kollegen/-innen“ so-wie „Mangelhafte technische Ausstat-tung der Dienststellen“ konstruktiv dis-kutiert. Auch hierbei zeigte sich Herr Weber erfreut darüber, dass ihm die we-sentlichen Themen, die den jungen Kol-

TERMINE

Senioren Westpfalz

Die Bezirksgruppe Westpfalz lädt die Seniorinnen und Senioren zu einem Stammtisch ein.

**Treffpunkt am
24. 3. 2011, 14.30 Uhr
Kaiserslautern
Gaststätte „Licht-Luft“
in der Entersweiler Straße.**

Erreichbarkeit mit dem TWK-Bus, Linie 101, Haltestelle Warmfreibad, Gerhard Brenner, Tel. 06 31/4 43 74, E-Mail brg67657@t-online.de

JUNGE GRUPPE

Die JUNGE GRUPPE der Bezir-ke Rheinland-Pfalz, BKA, Hessen, NRW und Saarland veranstaltet

**am 9. 4. 2011
auf der größten Indoor-
Kartbahn Deutschlands in
Limburg
den ersten
„Mitteldeutschen Cart-Cup“.**

Näheres unter
www.gdp.de/jungegruppe

LETZTE MELDUNG:

Im Februar hat der Mitgliederbestand des GdP-Landesbezirks Rheinland-Pfalz mit

7408

ein Allzeithoch von **über 7400** erreicht.

WIR TRAUERN UM

Lua, Hans, KG PD Wittlich, 87 Jahre
Orth, Herbert, KG PD Trier, 70 Jahre
Knirr, Ulrich, KG PP Westpfalz, 84 Jahre
Seiler, Karl, KG Vorderpfalz, 74 Jahre

**Wir werden ihnen ein ehrendes
Andenken bewahren.**

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Suennich, Friedrich, KG Bepo Mainz
Peschke, Ulrike, KG PP/PD Koblenz
Reuber, Bernd, KG Landeskriminalamt
Ring, Friedbert Richard, KG Landeskriminalamt
Thelen, Raimund, KG PP/PD Mainz

